

Schema 1

Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde

- *Vorüberlegung: Die Verfassungsbeschwerde vor dem BVerfG als richtige Verfahrensart?*
 - nur zum Schutze der Grundrechte aus dem Grundgesetz (nicht der aus den Landesverfassungen)

I. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde

- 1) *Beteiligtenfähigkeit des Beschwerdeführers (Art. 93 I Nr. 4a GG, § 90 I BVerfGG)*
 - "jedermann" (= jeder Grundrechtsträger)
- 2) *Maßnahme der öffentlichen Gewalt*
 - entspricht dem "Eingriffsakt" nach Schema 2
- 3) *Behauptung einer Grundrechtsverletzung (Beschwerdebefugnis)*
 - a) Geltendmachen der Verletzung eines eigenen Grundrechts
 - b) Eigene, gegenwärtige und unmittelbare Beschwer des Beschwerdeführers
- 4) *Rechtswegerschöpfung (§ 90 II 1 BVerfGG)*
 - Ausnahme nach § 90 II 2 BVerfGG
- 5) *Wahrung der Beschwerdefrist (§ 93 BVerfGG)*
- 6) *Ordnungsgemäßer Antrag*
 - Schriftform, Begründung, Angabe erforderlicher Beweismittel (§§ 23 I, 92 BVerfGG)
- 7) *Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen*
 - Prozeßfähigkeit des Beschwerdeführers, Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

II. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde

Die Verfassungsbeschwerde ist begründet, wenn der Beschwerdeführer durch die angegriffene Maßnahme der öffentlichen Gewalt in einem seiner Grundrechte verletzt ist (vgl. Art. 93 I Nr. 4a GG, §§ 90 I, 95 I BVerfGG).